Voranschlag 1967

Bericht und Antrag des Stadtrates vom 28. November 1966

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Herren Gemeinderäte,

Als Beilage erhalten Sie den Entwurf zum Beschluss des Grossen Gemeinderates betreffend den Voranschlag 1967.

Punkt 1 des Entwurfes behandelt die Festsetzung der Teuerungszulagen für 1967. Wir beantragen eine Teuerungszulage von 22 % gemäss Besoldungsreglement in der Fassung vom 1. Oktober 1963/ 17. November 1964. Sollten vom Grossen Gemeinderat vorgängig zu diesem Beschluss die in Revision stehenden Tabellen 1 - 4 zum Besoldungsreglement auf 1. Januar 1967 angenommen werden, so reduzieren sich die Teuerungszulagen auf 2%. Ein entsprechender Antrag würde von uns an der Sitzung des Grossen Gemeinderates gestellt werden.

Der unter Punkt 5 eingesetzte Nachtragskredit von Fr. 100'000.-- bleibt - ob 22% oder 2% - unverändert.

Antrag:

Der Stadtrat beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und die beantragten Punkte zu beschliessen.

Zug, den 28. November 1966

DER STADTRAT VON ZUG

Der Stadtpräsident:
R. Wiesendanger

Der Stadtschreiber:
A. Grünenfelder

Beilage: 1 Beschlussesentwurf

BESCHLUSS DES GROSSEN GEMEINDERATES VON ZUG Nr.
BETREFFEND VORANSCHLAG 1967

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG

nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 117
vom 14. November 1966

b e s c h l i e s s t :

1. Den Behördemitgliedern, dem haupt- und nebenamtlichen Personal der Stadt Zug wird auf ihren Bezügen gemäss Besoldungsreglement in der Fassung vom 1.10.1963/17.11.1964 eine Teuerungszulage von 22 % ausgerichtet.
2. Auf die Basisrenten der nach dem Reglement über die Pensionskasse und dem Reglement über die Sparversicherung versicherten pensionierten Funktionäre und der Rentner nach Gemeindebeschluss wird eine Teuerungszulage gewährt. Die Berechnung der Teuerungszulage erfolgt auf Grund des durchschnittlichen Landesindex der Konsumentenpreise des Renten-Basisjahres im Vergleich zum November-Index 1966.

Den Rentnern der kantonalen Lehrerpensionskasse, deren neue Lehrerpensionskassenrente unter Einbezug der versicherten Besoldung gemäss Gesetz vom 11. Mai 1935 festgelegt wurde, wird die Rente in jenen Fällen von der Stadt ergänzt, wo der Totalbezug 1963 (alte LPK-Rente und städtische Zulagen) inkl. 11 % Teuerungszulage nicht erreicht wird.

3. Die Steuern pro 1967 werden wie folgt festgesetzt:
 1. Die Einkommenssteuer mit 110% des kantonalen Einheitsansatzes.
 2. Die Ergänzungssteuer mit 110% des kantonalen Einheitsansatzes.
 3. Die Kopfsteuer mit Fr. 3.-- für jede volljährige männliche Person.
 4. Die Aktivbürgersteuer mit Fr. 3.-- für jeden Stimmberechtigten.
 5. Die Hundesteuer mit Fr. 40.--. Für Wachthunde auf Bauernhöfen kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
4. Der für das Jahr 1967 aufgestellte Voranschlag wird genehmigt.
5. Der für die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses erforderliche Nachtragskredit von Fr. 100'000.-- wird zu Lasten der ordentlichen Verwaltungsrechnung 1967 bewilligt.

Für die auf Grund des Beschlusses Nr. 98 des Grossen Gemeinderates festgelegte Auszahlung von Treueprämien wird der für 1967 notwendige Zusatzkredit von netto Fr. 70'000.-- zu Lasten der ordentlichen Verwaltungsrechnung bewilligt.

6. Ziffer 1, 2, 4 und 5 dieses Beschlusses treten sofort in Kraft.
Ziffer 3 dieses Beschlusses tritt unter dem Vorbehalt des Referendums gemäss § 6 der Gemeindeordnung sofort in Kraft.

Diese Beschlüsse sind im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die städtische Rechtssammlung aufzunehmen.

Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Zug, den

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG
Der Präsident: Der Stadtschreiber:

Voranschlag 1967

Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Herren Gemeinderäte,

Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihren Sitzungen vom 1. 5. und 6. Dezember 1966 im Beisein von Herrn Stadtpräsident R. Wiesendanger und Herrn Finanzinspektor A. Leutenegger den Bericht und Antrag des Stadtrates vom 28. November 1966 betreffend den Voranschlag 1967 eingehend geprüft. Sie hat auch die Auswirkungen von bereits verabschiedeten und noch pendenten Vorlagen untersucht und den Voranschlag 1967 einem Vergleich mit dem Bericht des Stadtrates vom 5. März 1965 über die finanziellen Auswirkungen des Bauprogramms für die Jahre 1965 bis 1984 auf die Verwaltungsrechnungen 1965 bis 1970 ("Finanzplan") unterzogen. Bei der Detailberatung, für welche der Kommission die Vorsteher der einzelnen Dikasterien zur Verfügung standen, hat sie sich bemüht, Möglichkeiten für Einsparungen zu finden. Solche sind nur in beschränkter Zahl vorhanden. Es ist nach Auffassung der Kommission an den Dikasterienvorstehern, im Verlaufe des Jahres 1967 von den im Voranschlag zu gewährenden Krediten äusserst zurückhaltend Gebrauch zu machen und damit weitere Einsparungen zu ermöglichen. Das ist unerlässlich, da bereits heute für 1967 mit einem Rechnungsdefizit gerechnet werden muss, wobei überdies erfahrungsgemäss im Verlaufe des Jahres weitere Belastungen der ordentlichen Rechnung hinzutreten.

Sämtliche Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefasst worden.

1. Allgemeines

In der vom Stadtrat vorgelegten Form würde der Voranschlag für das Jahr 1967 bei Fr. 18'625'175.-- Einnahmen und Fr. 18'397'555.-- Ausgaben mit einem Einnahmenüberschuss von Fr. 227'620.-- abschliessen. Die Ausgaben im ordentlichen Verkehr steigen damit von weniger als 10 Millionen Franken im Jahre 1962 (Fr. 9'750'007.--) auf über 18 Millionen Franken. Auf Grund der sich im Gange befindlichen Entwicklung liegt die Annahme nahe, dass die Ausgaben bereits im nächsten Budget, demjenigen für das Jahr 1968, 20 Millionen Franken überschreiten werden. Annähernd gleich haben die Einnahmen im ordentlichen Verkehr von Fr. 10'151'034.-- im Jahre 1962 auf Fr. 18'625'175. zugenommen. Eine Verflachung des bisherigen Anstiegs der Einnahmen, unabhängig von der Tatsache, dass das Jahr 1967 das zweite Steuerbezugsjahr der gleichen Steuerperiode darstellt, in welchem die Zunahme erfahrungsgemäss geringer ausfällt, ist jedoch unverkennbar.

Dass die Einnahmen und Ausgaben sich im Voranschlag 1967 ungefähr die Waage halten, ist nur Zufall. Wie aus dem stadträtlichen Bericht ersichtlich ist, sind die Kapitalkosten für 1967 einmalig geringer

veranschlagt, weil die Stadt Zug im Frühjahr 1967 eine grössere Obligationenanleihe auflegen wird, die erstmals im Jahre 1968 verzinst werden muss. Mit den durch die Anleihe beschafften Mitteln können bestehende Verpflichtungen abgelöst werden, womit deren Verzinsung in Wegfall kommt. Es handelt sich jedoch nur um eine Verlagerung der Zinspflicht auf die Anleihe und damit gleichzeitig um eine zeitliche Verschiebung. Ohne diese zufällige Verschiebung wäre der Kapitalaufwand (255/41.16) um ca. Fr. 800'000.-- höher, und dementsprechend das Ergebnis gemäss Voranschlag für 1967 um diesen Betrag schlechter.

Andererseits darf auf Grund der im Zeitpunkt der Beratung durch die Geschäftsprüfungskommission zur Verfügung stehenden Unterlagen angenommen werden, dass der budgetierte Steuereingang entgegen den ursprünglichen Erwartungen doch etwas höher ausfallen wird. Für Abschreibungen sind im Voranschlag für 1967 total Fr. 3'030'000.-- eingesetzt, nämlich der budgetierte Ertrag der Grundstückgewinnsteuer von Fr. 900'000.-- für zusätzliche Abschreibungen, Fr. 2'100'000.-- für ordentliche Abschreibungen, und Fr. 30'000.-- für Abschreibung Emissionskosten (255/42.02.) Die ordentlichen Abschreibungen sind um ca. Fr. 600'000.-- höher eingesetzt, als gemäss der geltenden Bilanzbewertungs- und Abschreibungstabelle erforderlich wäre. Immerhin erreichen die totalen Abschreibungen noch nicht die Variante II, geschweige denn die Variante III gemäss Finanzplan, was dringend wünschbar wäre.

2. Aenderungen am Voranschlag für 1967 zufolge von Beschlüssen des Grossen Gemeinderates

a) Bereits verabschiedeter Beschluss des Grossen Gemeinderates

Der Beschluss vom 22. November 1966 über die Ausrichtung von Treueprämien bringt für 1967 eine zusätzliche Belastung von Fr. 70'000.--.

b) Pendente Vorlagen vor dem Grossen Gemeinderat

Folgende Vorlagen sind pendent, werden jedoch voraussichtlich noch vor dem Voranschlag für 1967 durch den Grossen Gemeinderat verabschiedet:

- Vorlage Nr. 115 betreffend Revision der Tabellen 1 - 4 zum Besoldungsreglement: die Revision gemäss Antrag des Stadtrates bringt für 1967 eine Mehrbelastung von Fr. 150'000.--, diejenige gemäss Antrag der Geschäftsprüfungskommission eine solche von Fr. 185'000.--.
- Vorlage Nr. 117 betreffend Teuerungszulagen: eine Teuerungszulage von 2% bewirkt für 1967 eine im Budget nicht berücksichtigte Mehrbelastung von Fr. 100'000.--.

3. Von der Geschäftsprüfungskommission beantragte Kreditreduktionen

125/31.01: Die Kommission hat festgestellt, dass zufolge Mobiliar-Neuanschaffungen unter 401/31.01 Mobiliar frei wird, das für die Zwecke von 125/31.01 zur Verfügung steht, und beantragt deshalb eine Reduktion um Fr. 3000.-- auf Fr. 2000.--.

- 435/37.31: Die Kommission befürwortet mit Rücksicht auf die speziellen Verhältnisse die Erstellung der Wartehalle beim Liebfrauenhof. Angesichts der angespannten Finanzlage beantragt sie dagegen, die Wartehalle bei der Steinhauserbrücke zurückzustellen und vertritt überdies die Auffassung, dass näher zu prüfen ist, ob es überhaupt Aufgabe der Stadt Zug ist, an Haltestellen der ZVB Wartehallen zu errichten. Es ergibt sich eine Reduktion um Fr. 8'000.-- auf Fr. 8'000.--.
- 535/27.11: Gemäss Mitteilung des Stadtrates wird die vorgesehene Anschaffung eines Elektro-Gabelstaplers zurückgestellt, da weitere Abklärungen erforderlich sind. Der Kredit kann deshalb um Fr. 26'000.-- auf Fr. 4'000.-- reduziert werden.
- 705/38.21: Die Kommission ist der Auffassung, dass die Aufwendungen für die Schiessplatzanlage auf mehrere Jahre zu verteilen sind. Da im Jahre 1967 die 2. Hälfte der Seilanlage des 50 m - Standes ersetzt werden soll (705/34.17: Fr. 14'000.--) beantragt die Kommission, die Aussenrenovation des 300 m - Standes für ein Jahr zurückzustellen und den Kredit demzufolge um Fr. 9'000.-- auf Fr. 1'000.-- zu reduzieren.
- 715/14.51: Dieser Kredit war bereits wiederholt im Budget aufgeführt, ist jedoch bisher nicht beansprucht worden. Auch für 1967 ist eine Beanspruchung mit aller Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten. Die Kommission beantragt deshalb die Streichung des Kredites.

4. Bemerkungen zu weiteren Positionen

- 120/92.01: Die Stadtbibliothek ist gleichzeitig Kantonsbibliothek. Die Aufwendungen für Stadtbibliothek und Archiv sind seit 1962 (Fr. 53'136.48) um ca. 60 % gestiegen. Dennoch beträgt der Beitrag des Kantons seit 1962 unverändert Fr. 7'000.--. Es handelt sich dabei nicht um eine Subvention, sondern um eine Beteiligung an den Kosten.
- Die Kommission ersucht deshalb den Stadtrat, beim Kanton im Hinblick auf eine Erhöhung des kantonalen Beitrages vorstellig zu werden.
- 125/22.01: Die Fotokopiermaschine kostet jährlich ca. Fr. 20'000.--. Die Kommission hat sich davon überzeugt, dass diese Kosten nicht reduziert werden können.
- 125/24.21: Die Kommission hat an ihr Postulat vom Dezember 1964 betreffend Erstellung eines eigenen Verwaltungsgebäudes erinnert. Sie hat davon Kenntnis genommen, dass zu dieser Frage noch nicht Stellung bezogen werden kann.
- 125/51.77: Die Kommission hat davon Kenntnis genommen, dass ein allfälliger Beitrag nur erfolgt, falls der Kanton gleichzeitig einen gleich hohen Beitrag leistet.

255/41.16: vgl. vorstehend unter Ziffer 1 (Allgemeines).

257/42.01:

42.02: vgl. vorstehend unter Ziffer 1 (Allgemeines).

370/25.37: Die Kommission vertritt die Auffassung, dass Singlager inskünftig auf dem Gottschalkenberg durchgeführt werden sollen, womit eine Kostenersparnis von ca. Fr. 1'500.-- erzielt werden kann.

401/25.11: Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass unter dieser Rubrik ab 1968 mutmasslich wieder lediglich ein Kredit von ca. Fr. 20'000.-- erforderlich sein wird.

5. Auswirkungen der Aenderungen und Anträge gemäss den Ziffern 2 und 3 vorstehend

Bei Berücksichtigung sämtlicher Aenderungen auf Grund der vorstehend erwähnten verabschiedeten bzw. pendenten Vorlagen vor dem Grossen Gemeinderat einerseits und der von der Geschäftsprüfungskommission beantragten Reduktionen andererseits ergibt sich für den Voranschlag 1967:

Aufwand	Fr. 18'696'555.--
Ertrag	<u>Fr. 18'625'175.--</u>
<u>Rechnungsdefizit</u>	Fr. 71'380.-- =====

6. Vergleich mit Finanzplan

Eine Gegenüberstellung des Finanzplans (Tabelle 6) und des Voranschlags für 1967 allein kann angesichts der Zufälligkeit der Reduktion der Kapitalkosten (vgl. vorstehend unter 1. Allgemeines) nicht genügen. In den Vergleich ist vielmehr ein Voranschlag mit um die erwähnten Fr. 800'000.-- erhöhtem Zinsaufwand einzubeziehen. Für den Voranschlag für 1967 werden die gemäss Ziffer 5 vorstehend abgeänderten Zahlen eingesetzt.

Die Gegenüberstellung ergibt folgendes:

	Voranschlag 1967	Finanzplan für 1967	Voranschlag 1967 mit um Fr.800'000.-- erhöhtem Kapital- aufwand
<u>Aufwand</u>			
Abschreibungen	3'030'000.--	2'817'000.-- (Variante I)	3'030'000.--
Zinsen	1'893'000.--	2'400'000.--	2'693'000.--
Subtotal	4'923'000.--	5'217'000.--	5'723'000.--
Uebrigter Aufwand (ohne Verrechnungs- posten)	12'228'510.--	12'250'000.--	12'228.510.--
Total	17'151'510.--	17'467'000.--	17'951'510.--
<u>Ertrag</u>			
Ordentliche Steuern a.o. Steuern	12'688'000.-- 1'000'000.--	13'250'000.-- 850'000.--	12'688'000.-- 1'000'000.--
Subtotal	13'688'000.--	14'100'000.--	13'688'000.--
Uebrigter Ertrag (ohne Verrechnungs- posten)	3'372'585.--	3'400'000.--	3'372'585.--
Total	17'060'585.--	17'500'000.--	17'060'585.--

Es zeigt sich, dass der Aufwand gemäss Voranschlag 1967 rund Fr. 300'000.-- niedriger liegt als gemäss Finanzplan, derjenige mit um Fr. 800'000.-- erhöhtem Kapitalaufwand dagegen rund Fr.400'000.-- höher als gemäss Finanzplan. Der Ertrag ist über Fr. 400'000.-- niedriger budgetiert als sich aus dem Finanzplan ergeben würde. In der vorliegenden Form ist der Voranschlag 1967 somit um rund Fr. 100'000.-- ungünstiger als gemäss Finanzplan; mit erhöhtem Kapitalaufwand stellt er sich rund Fr. 800'000.-- schlechter als gemäss Finanzplan.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Voranschlag für 1967 höhere Abschreibungen enthält als gemäss Variante I des Finanzplans, aber noch immer nicht die dringend wünschbaren Abschreibungen gemäss Variante II. Ferner darf heute wie bereits erwähnt ein etwas höherer Steuereingang erwartet werden.

7. Teuerungszulage

Gemäss dem Lebenskostenindex per Ende Oktober 1966 ergibt sich (im Verhältnis zum Voranschlag, in welchem 20% Teuerungszulagen eingestellt sind) eine weitere Teuerungszulage von 2%. Die Kommission stimmt den diesbezüglichen Anträgen des Stadtrates zu. Sie hat davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat nach Vorliegen des Indexes per Ende November 1966 gegebenenfalls eine Teuerungszulage von 3% beantragen wird. Eine Erhöhung um 1% würde eine Mehrbelastung von Fr. 50'000.-- zur Folge haben.

8. Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und ihr unter Vornahme der unter Ziffer 3 vorgeschlagenen Aenderungen am Voranschlag für 1967 zuzustimmen.

Zug, 9. Dezember 1966

DIE GESCHAEFTSPRUEFUNGSKOMMISSION
DES GROSSEN GEMEINDERATES VON ZUG

i.A. Dr. H.R. Barth

BESCHLUSS DES GROSSEN GEMEINDERATES VON ZUG Nr. 100
BETREFFEND VORANSCHLAG 1967

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG

nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr.117
vom 14. November 1966

b e s c h l i e s s t :

1. Den Behördemitgliedern, dem haupt- und nebenamtlichen Personal der Stadt Zug wird auf ihren Bezügen gemäss Besoldungsreglement in der Fassung vom 1.10.1963/17.11.1964/20.12.1966 eine Teuerungszulage von 3 % ausgerichtet.
2. Auf die Basisrenten der nach dem Reglement über die Pensionskasse und dem Reglement über die Sparversicherung versicherten pensionierten Funktionäre und der Rentner nach Gemeindebeschluss wird eine Teuerungszulage gewährt. Die Berechnung der Teuerungszulage erfolgt auf Grund des durchschnittlichen Landesindex der Konsumentenpreise des Renten-Basisjahres im Vergleich zum November-Index 1966.

Den Rentnern der kantonalen Lehrerpensionskasse, deren neue Lehrerpensionskassenrente unter Einbezug der versicherten Besoldung gemäss Gesetz vom 11. Mai 1935 festgelegt wurde, wird die Rente in jenen Fällen von der Stadt ergänzt, wo der Totalbezug 1963 (alte LPK-Rente und städtische Zulagen) inkl. 11 % Teuerungszulage nicht erreicht wird.

3. Die Steuern pro 1967 werden wie folgt festgesetzt:
 1. Die Einkommenssteuer mit 110% des kantonalen Einheitsansatzes.
 2. Die Ergänzungssteuer mit 110% des kantonalen Einheitsansatzes.
 3. Die Kopfsteuer mit Fr. 3.-- für jede volljährige männliche Person.
 4. Die Aktivbürgersteuer mit Fr. 3.-- für jeden Stimmberechtigten.
 5. Die Hundesteuer mit Fr. 40.--. Für Wachthunde auf Bauernhöfen kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
4. Der für das Jahr 1967 aufgestellte Voranschlag wird genehmigt.
5. Der für die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses erforderliche Nachtragskredit von Fr. 150'000.-- wird zu Lasten der ordentlichen Verwaltungsrechnung 1967 bewilligt.
6. Für die auf Grund des Beschlusses Nr. 98 des Grossen Gemeinderates festgelegte Auszahlung von Treueprämien wird der für 1967 notwendige Zusatzkredit von netto Fr. 70'000.-- zu Lasten der ordentlichen Verwaltungsrechnung bewilligt.
6. Ziffer 1, 2, 4 und 5 dieses Beschlusses treten sofort in Kraft.
Ziffer 3 dieses Beschlusses tritt unter dem Vorbehalt des Referendums gemäss § 6 der Gemeindeordnung sofort in Kraft.

Diese Beschlüsse sind im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die städtische Rechtssammlung aufzunehmen.

Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Zug, 20. Dezember 1966

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG
Der Präsident: Der Stadtschreiber:
W. Bossard A. Grünenfelder

Die Referendumsfrist läuft vom 24. Dezember 1966 bis zum 24. Januar 1967.